

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Zeitungsgesellschaft
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwanzeigebühnen durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 195

Freitag, den 22. August 1930

82. Jahrgang

Amthlicher Teil

Öeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Erklärung über die Aufsichtsratsantienien

Auf Grund des § 8 Abs. 2 der Verordnung vom 26. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 311) sind Mitglieder des Aufsichtsrats (Verwaltungsrats) von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und von sonstigen Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen des privaten und öffentlichen Rechts verpflichtet, die Aufsichtsratsantienien, die sie im Kalenderjahr 1929 oder in einem Wirtschaftsjahr 1928/29 erhalten haben, dem Finanzamt anzumelden; anzugeben sind alle Vergütungen (Antienien) oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge, geldwerte Vorteile und Entschä-

digungen, und zwar die Bruttobezüge; Werbungskosten oder andere Ausgaben dürfen also nicht abgezogen werden.

Die Anmeldungen sind in der Zeit vom 25. 8. bis 5. 9. 1930 bei dem für die Veranlagung der Einkommensteuer zuständigen Finanzamt ohne besonderes Formular abzugeben.

Wer die Frist zur Abgabe der Erklärung verläßt, kann mit Geldstrafe zur Abgabe der Erklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der Reichsbillie auferlegt werden.

Dresden, den 20. August 1930.

Der Präsident des Landesfinanzamtes

Sturm lauf gegen den Young-Plan

Wieder eine englische Forderung auf Revision des Young-Planes

New York. Der Präsident der Agricultural Economic Society von Großbritannien, Ashby, erklärte im Anschluß an eine in Athina stattgefunden landwirtschaftliche Tagung in einer Unterredung, für die Lösung der internationalen Wirtschaftskrisis sei erstens die Revision des Young-Planes und zweitens eine Verminderung der amerikanischen Forderungen gegenüber den alliierten Schuldnern erforderlich. Der Zusammenbruch des Young-Planes werde voraussichtlich im Jahre 1932 oder spätestens 1933 erfolgen.

Die Reparationslasten Ursache der deutschen Wirtschaftskrisis.

Ein früherer Sozialdemokrat über die Reparationszahlungen.

Ein früherer Sozialdemokrat und späterer Demokrat, der Staatssekretär a. D. August Müller, veröffentlicht in der „Deutschen Postzeitung“ einen Artikel über „Einkommensgestaltung und Konjunkturbelastung“, in dessen Zusammenhänge er auf die Reparationszahlungen eingehen muß. Darüber sagt er das Folgende:

Das ist eine Frage, die für Deutschland von keiner geringeren Bedeutung ist als die Tributpflicht, die die Römer den Kartagenern vor der endgültigen Vernichtung auferlegt haben. Es gehört zu den Unbegreiflichkeiten des deutschen öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens, daß diese Frage, solange sie existiert, psychologisch immer grundfalsch behandelt und ihre Entwicklung und ihr finanzielles Schwergewicht dadurch verhängnisvoll beeinflusst worden ist.

Als der Dawes-Plan in Kraft getreten war, war die englisch-amerikanische Finanzwissenschaft darin einig, daß Deutschland nie imstande sein würde, die Reparationslasten zu tragen. Die prominentesten Finanzkapazitäten haben das mit der Ungeheuerlichkeit zum Ausdruck gebracht, die ein Vorzug der wirtschaftlichen Publizität der Angelsachsen ist. Bei uns in Deutschland wurde aber systematisch, zum Teil ausgehend von amtlichen Stellen, jedenfalls aber gefördert von amtlichen Stellen, eine geradezu wahnsinnige Reparationspolitik getrieben.

Man identifizierte die deutsche Volkswirtschaft mit irgendeiner Privatwirtschaft und schlußfolgerte: wie ein Privatmann durch stetiges neues Schuldenmachen alte Schulden abstoßen könne, so vermöge auch Deutschland jede Reparationssumme zu tilgen durch

ständig erneutes Schuldenmachen

auf dem Wege internationaler Kreditaufnahme. So haben wir die Schutzklausein für den deutschen Gläubiger im Dawes-Vertrag mit einer Systematik, die man als Frivolität bezeichnen müßte, wenn sie nicht unserer politischen Talentlosigkeit entstammen würde, unwirksam gemacht. Die vorzeitige Revision des Dawes-Vertrages, zu der wir uns durch Herrn Parker Gilbert verlocken ließen, wurde damit begründet, daß das Wirksamwerden der Schutzbestimmungen des Dawes-Vertrages eine Zuspitzung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse voraussetze, die man dem deutschen Volke nicht zumuten könne. Heute klingt das geradezu absurd. Aber wir verdanken dieser Absurdität die Tatsache einer um ein Jahr verfrühten Neuregelung der Reparationen, deren Konsequenz wahrscheinlich sein wird, daß diese brenzlige Frage schon im Jahre 1931 aufs neue akut wird. Es entspricht dieser laienhaften, dilettantischen, unverantwortlichen Art unserer Reparationspolitik, daß ihre finanzielle Bedeutung allem Anschein nach dem Gedächtnis derjenigen, die die Reparationslast zu tragen haben, immer mehr entschwindet. Für die besondere Schwere der deutschen Wirtschaftskrisis ist die Reparationslast eine Ursache allerersten Ranges.

Der Wahlreformvorschlag des Kabinetts Brüning.

Nunmehr liegen Einzelheiten über die Wahlreform vor, die das Kabinett Brüning dem kommenden Reichstag vorzulegen beabsichtigt. Es fallen zum Beispiel die Wahlkreise Potsdam I und II fort, und als Ersatz soll ein Wahlkreisverband Brandenburg gebildet werden. Außerdem hat man Hamburg und Mecklenburg-Lübeck zu einem Wahlkreisverband zusammengelagt. Eigene Wahlkreise sollen Oldenburg, Braunschweig, Anhalt und Bremen bilden. Lübeck hat man mit Teilen von Mecklenburg zusammengelagt. Hamburg zerfällt in drei Wahlkreise.

Die Parteien sollen selbst die Stimmzettel den Wählern liefern.

für die besondere Vorschriften erlassen werden. Jeder Stimmzettel braucht nur den Namen eines einzelnen Bewerbers zu enthalten. Dem Namen der Bewerber kann die Partei hinzugefügt werden, und die entsprechenden Stimmen eines Wahlkreisverbandes können im Sinne des Listenwahlsystems zusammengestellt werden. Man unterscheidet daher zwischen Einzelbewerbern und Bewerbergruppen. Einzelbewerber und Bewerbergruppen erhalten aus je 70 000 Stimmen einen Abgeordnetenposten. Da drei Bewerber auf dem Stimmzettel nur enthalten sein dürfen, so soll im Todesfall eines Bewerbers in dem Wahlkreis der Partei mit der folgenden Teilzahl ein Bewerber gegeben werden. Legt ein Bewerber sein Mandat nieder, fällt sein Mandat einfach fort. Nachwahlen gibt es nicht.

Es werden 162 Wahlkreise gebildet mit 31 Wahlkreisverbänden und 12 Ländergruppen,

in die die Wahlkreisverbände wieder aufgeteilt sind. Eine Bewerbergruppe muß, um ein Mandat durch Verrechnung zu erhalten, mindestens in einem Wahlkreisverband 70 000 Stimmen erreicht haben. Wenn eine Partei in 31 Wahlkreisverbänden je 60 000 Stimmen oder insgesamt 2 Millionen Stimmen auf sich vereinigt, würde auf diese Partei kein Mandat entfallen. Bei der Wahlkreiseinteilung hat man den Wahlkreisen 385 000 Einwohner oder 255 000 Stimmberechtigte zugeteilt. Der Durchschnitt der Wahlkreisverbände beträgt 1,9 Millionen Einwohner, außer Berlin, das ein einziger Wahlkreisverband werden soll mit 4 Millionen Einwohnern.

Berlin würde in 11 Einzelwahlkreise zerfallen. Größere Städte in der Provinz, wie Breslau, Dresden, Köln, Düsseldorf, Dortmund, bilden 2 Wahlkreise. In Ostpreußen hat man 6 Wahlkreise geschaffen, die in dem Wahlkreisverband Ostpreußen zusammengelagt werden, darunter ein Wahlkreis, der im wesentlichen nur aus dem Stadt- und Landkreis Königsberg besteht. Bei den Ländergruppen hat man Ostpreußen und Pommern zusammengelagt. Zur Provinz Hessen hat man auch das Land Hessen geschlagen. Bayern und Sachsen bilden eine eigene Ländergruppe, Württemberg und Baden eine Ländergruppe Südwestdeutschland. Sachsen hat man an Stelle der 3 Wahlkreise in 2 Wahlkreise zusammengelagt.

Wie man von den Parteien hört, scheint der Entwurf bei der Sozialdemokratie, bei den Deutschnationalen und auch bei anderen Parteien auf starken Widerspruch zu stoßen. Es wird im einzelnen zu prüfen sein, inwieweit die neue Wahlkreiseinteilung unter dem Gesichtspunkt von wahlpolitischen Absichten einiger Parteien bestimmt worden ist.

Neuaufträge der Reichspost.

Im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm sind nunmehr die Vorverhandlungen über die von der Reichspost zu vergebenden Neuaufträge abgeschlossen. Die Reichspost wird für rund 200 Millionen Mark

Das Wichtigste

Nach einer Meldung einer Berliner Abendzeitung wird der Chef der Heeresleitung, Generaloberst von Heye, am 1. Dezember wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand treten. Als sein Nachfolger sei General von Hammerstein, der Chef des Truppenamtes, vorgesehen.

Die Bayreuther Festspiele gingen am Donnerstag mit der Aufführung des „Parsifal“ zu Ende. Auch am letzten Tage war das Haus vollständig ausverkauft.

Der gegenwärtige Präsident des Völkerrats hat die zum 5. September einberufene Tagung des Rates auf Montag, den 8. September verschoben, da die vorliegende Tagesordnung ein Zusammen-treten des Rates für fünf Tage vor der am 10. September beginnenden Vollversammlung nicht erforderlich macht.

Die 22 Tonnen große Yacht „Islander“ ist an der Küste von Cornwall mit sämtlichen Insassen — dem konservativen Unterhausabgeordneten und früheren Bergbauminister King und sechs weiteren Personen gesunken.

Am Mittwoch begann der Berg Asama plötzlich Lava und Feuer zu speien. Der Berg Asama liegt in der Nähe des Kurortes Karuizawa (Japan). Während des Vulkanausbruchs wurden sechs Japanner, darunter zwei Frauen, getötet.

Aufträge vergeben, wodurch man eine Arbeitsmöglichkeit für 125 000 Erwerbslose schaffen will. Von diesem Gesamtauftrag entfallen auf die Schwachstromindustrie Aufträge für 132 Millionen, auf die Maschinenindustrie für 23 und auf Bauten 20 Millionen Mark. Der Rest von 25 Millionen Mark soll für Ausführung laufender Betriebsaufgaben verwendet werden.

Die Vorverhandlungen über die Vergebung erstreckten sich auf die zur Bedingung gemachte 10prozentige Preisfestsetzung. Hierbei haben die Schwachstromindustrie einen Nachlaß von 12 v. H., die Kraftfahrindustrie, die Baufirmen und die für die laufenden Betriebsaufgaben in Frage kommenden Firmen, ebenso die Gummireifen-Industrie, je 10 v. H. Preisnachlaß zugestanden.

Keine politischen Gründe für Heyes Rücktritt.

Eine amtliche Erklärung.

Amlich wird mitgeteilt: „Ein Berliner Abendblatt bringt das Gerücht von dem demnächstigen Rücktritt des General Heye in Verbindung mit Bestrebungen einer angeblich von General von Schleicher geführten Partei im Reichswehrministerium, die auf engen Anschluß an Sowjetrußland hinarbeite. Diese Nachricht ist gänzlich unwahr und zudem längst widerlegt. General v. Schleicher hat schon vor längerer Zeit öffentlich erklärt, daß er die ihm zugeschriebenen Pläne aufs schärfste mißbillige. Ebenso unwahr ist die Behauptung, es gebe verschiedene politische Strömungen im Reichswehrministerium. Die Politik des Reichswehrministeriums bestimmt lediglich der verantwortliche Minister und niemand anders. Die Nachricht des Blattes ist lediglich als unverantwortliche Sensationsmache zu bezeichnen.“

Polnische Annektionspläne.

Der polnische Professor Herbatjewski, der sich viel mit den polnisch-litauischen Beziehungen beschäftigt, hat in einem Kommoer Blatt aufsehenerregende Vorschläge gemacht, die nicht nur Deutschland, sondern auch Lettland betreffen. Es heißt im Aufsatz: „Wenn es gelingen wird, den Korridor zu halten, wird Ostpreußen untergehen und Ihre (Litauer) werdet dann als Ausgleich Königsberg bekommen können. Wenn Lettland nicht dem russischen Andringen widerstehen kann, dann versprechen wir Euch die Festung Dünamburg und den Hafen von Libau. Das ist die Politik der nahen Zukunft.“

